



Dr. Reinhard Brandl
Mitglied des Deutschen Bundestages

Rede im Deutschen Bundestag
am 21. November 2017

**Rede zum Antrag der AfD-Fraktion
Einhaltung des Verfassungs- und EU-Vertragsrechts bei der Euro-
Stabilisierung sowie bei den Vorschlägen für eine Fiskalunion und
für einen EU-Finanzminister**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Liebe AfD-Fraktion! Ist das jetzt alles?

(Zuruf von der AfD: Das ist erst der Anfang!)

Wollen Sie uns wirklich erzählen, dass Sie vier Jahre lang dafür gekämpft haben, in den Deutschen Bundestag zu kommen, um uns dann als Ihren ersten Sachantrag solch ein schwaches Papier mit einer Copy-And-Paste-Begründung aus dem Internet vorzulegen?

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES
90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen eines: Wenn Professor Lucke hier im Plenarsaal sitzen würde, er würde mitsamt seinem Stuhl im Boden versinken.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD
und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es ist ein freies Parlament. Sie können hier natürlich vorlegen, was Sie wollen. Aber Sie können nicht verhindern, dass wir es lesen und dass wir uns damit beschäftigen. Ich habe jetzt dafür noch drei Minuten Zeit.

Ich komme zu Ihrem ersten Teil, der Problembeschreibung. Bei der Problembeschreibung gebe ich Ihnen in weiten Teilen ja sogar recht. Wir wissen es.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die großen Ankaufprogramme der EZB sind zumindest politisch fragwürdig. Ob es rechtlich fragwürdig ist, wird im Moment vom EuGH geklärt. In Verbindung mit der Niedrigzinspolitik - das ist eine Katastrophe für jeden Sparer - wird der Markt mit Geld überschwemmt, Risiken auf den Steuerzahler übertragen.

(Beifall bei der AfD)

- Meine Damen und Herren, Sie klatschen. Aber das ist alles bekannt.

(Widerspruch bei der AfD)

Was bisher noch nicht bekannt war bzw. noch nicht schwarz auf weiß vorlag, waren die Lösungsvorschläge der AfD.

Meine Damen und Herren, ich komme zum zweiten Teil Ihres Antrags. Was schlagen Sie uns denn vor? Das Erste, was Sie fordern, wurde schon erwähnt: Die Bundesregierung soll gegen die EZB wegen Unzuständigkeit und Verletzung der Verträge klagen.

(Zurufe von der AfD: Ja!)

Das hört sich gut an, ist aber eine reine Schaufenstermaßnahme,

(Sven-Christian Kindler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hört sich auch nicht gut an!)

weil das in der Sache doch längst vor dem EuGH liegt und spätestens in wenigen Monaten entschieden wird. Das wissen Sie; denn Sie haben die Pressemitteilung des Bundesverfassungsgerichts in Ihren Antrag mit reinkopiert.

Jetzt kommen wir zum zweiten und dritten Punkt Ihrer Forderungen. Sie bestehen im Wesentlichen darin, dass Sie die deutsche Bundesregierung auffordern, auf die Deutsche Bundesbank Einfluss zu nehmen.

(Peter Boehringer (AfD): Nein! - Dr. Bernd Baumann (AfD): Lesen Sie es!)

Das ist erstens rechtswidrig, es ist zweitens gefährlich, und es ist drittens unnötig.

(Dr. Bernd Baumann (AfD): Und viertens falsch!)

Es ist rechtswidrig, weil die Unabhängigkeit der Bundesbank im Bundesbankgesetz festgeschrieben ist. Das hat einen guten Grund. Es ist gefährlich, weil gerade wir Deutschen immer ganz stark auf die Unabhängigkeit der Zentralbank gedrungen haben.

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Die Erfahrung in Europa zeigt: Wenn wir Deutsche uns nicht mehr an eine Regel halten, dann hält sich plötzlich keiner mehr daran. Es ist drittens unnötig, weil Sie ja bereits wissen, dass der Präsident der Deutschen Bundesbank die Ankaufprogramme entsprechend kritisiert und im EZB-Rat mit dagegenstimmt.

(Jürgen Braun (AfD): Super wirksam!)

Jetzt komme ich zu Ihrem einzigen wirklich konkreten Punkt, den Sie fordern. Sie fordern nämlich, dass die Target-Salden bei der EZB zukünftig ausgeglichen werden. Sie nehmen dabei die USA als Beispiel.

Ich habe mir das mal genauer angeschaut. In den USA geschieht dieser Ausgleich jährlich durch die Verschiebung von Wertpapieren. Was würde das bedeuten? Die Deutsche Bundesbank hat heute eine Forderung in Höhe unseres Target-Saldos gegenüber dem EZB-System als Ganzes. Wenn wir jetzt Ihrem Vorschlag folgen würden, würden wir diese Forderung gegenüber dem EZB-System gegen Wertpapiere eintauschen, im Moment vor allem aus Spanien und aus Italien.

(Beatrix von Storch (AfD): Das sind Schrottpapiere, keine Wertpapiere!)

Es gibt ein wunderschönes Buch von Professor Sinn, das haben Sie bestimmt alle gelesen: „Die Target-Falle“. Er beschreibt darin genau das System der Fed und des Ausgleichs. Darin ist auch die Problematik beschrieben, dass Sie dann nämlich keine Forderung mehr gegenüber dem EZB-System haben, sondern plötzlich spanische und italienische Wertpapiere in Ihren Büchern haben. Ich wage zu bestreiten, dass der deutsche Steuerzahler sich damit besserstellen würde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, die EZB-Politik ist problematisch; das wissen wir. Aber was uns auch nicht weiterhilft, sind Ihre Rezepte. Was wir stattdessen brauchen, sind wirksame Anreizmechanismen und wirksame Druckmechanismen, damit die Krisenländer in Europa ihre Haushalte und ihre Wirtschaft in Ordnung bringen und in Ordnung halten. Das ist die Politik insbesondere der Union, der CSU. Vielleicht fällt Ihnen dazu ja noch etwas ein. Jetzt haben Sie ja ein bisschen Zeit im Parlament.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Herr Kollege Brandl, wenn Sie kurz stehen bleiben. - Ich erteile das Wort zu einer Kurzintervention Herrn Peter Boehringer von der AfD.

(Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie müssen doch gar nicht stehen bleiben! Sie können das vom Platz aus machen!)

Peter Boehringer (AfD):

Herr Präsident, vielen Dank. – Diese Kurzintervention müsste eigentlich über alle Reden gehen; denn ein paar Dinge sind hier von mehreren Rednern wiederholt worden. Da sie faktisch falsch sind, kann das einfach so nicht stehen bleiben. Das eine ist der Vergleich mehrerer Redner von OMT und den aktuellen Anleihekaufprogrammen.

(Zuruf des Abg. Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU])

Da gibt es gleich drei Unterschiede: OMT ist nie aktiviert worden. Es gab dann tatsächlich ein Urteil. Dieses Urteil, das hinterher gefällt wurde, war ein akademisches Urteil. Es ist aber erst nach Jahren erfolgt.

(Zuruf des Abg. Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU])

Also ist, wie Sie eben gesagt haben, ein Urteil auch nicht innerhalb von einigen Monaten zu erwarten.

(Zuruf des Abg. Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]) Können wir bitte die Zwischenrufe irgendwann auch einmal beenden, Herr Michelbach?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Reinhard Brandl [CDU/CSU]: Das war schon mal eine gute Idee! Ein guter Vorschlag!)

Was Sie als Copy-and-paste bezeichnen, ist in der Tat Copy-and-paste des Rechts. Wir haben per Copy-and-paste ausschließlich Rechtslage kopiert.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Die Welt kompakt“ haben Sie zitiert!)

Sie sollten eigentlich begrüßen, dass wir die Rechtslage kopieren, die Sie permanent brechen.

(Zuruf des Abg. Christian Petry [SPD])

Bei OMT waren wir schon an der Grenze der Legalität. Das hat das Verfassungsgericht festgestellt. Aktuelle Rechtslage – ich betone: aktuelle Rechtslage – in Deutschland ist ein aktueller Beschluss – ein Beschluss, kein Urteil – des Bundesverfassungsgerichtes vom

18. Juli 2017, in dem es um die laufenden Programme geht. Es geht hier um 60 Milliarden Euro pro Monat. Das sind verlorene Gelder. Wir reden hier nicht von Peanuts.

(Christian Petry [SPD]: Quatsch! – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Ich habe eine Erdnussallergie!)

Das ist das, was im Moment geltendes Recht ist. Die Meinung des Verfassungsgerichts ist eindeutig. Sie entspricht exakt unserer Meinung: dass die aktuellen Euro-Rettungsprogramme eindeutig illegal sind.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wir reden vom größten Anleihekaufprogramm, das diese Republik je gesehen hat. Sogar weltweit ist es vermutlich beinahe das größte Aufkaufprogramm.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Die Fed hat viel mehr im Feuer!)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Dr. Brandl, CDU, jetzt mit der Antwort.

(Gunther Krichbaum (CDU/CSU), an den Abg. Peter Boehringer (AfD) gewandt: Stehen bleiben!)

Würden Sie bitte stehen bleiben? Das ist eigentlich Regel hier im Haus. - Danke schön.

Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):

Sie haben zwei Punkte aus meiner Rede angesprochen.

Der erste Punkt ist der Zeitraum, wann das Urteil kommt. Wenn Sie das Urteil und den Vorlagebeschluss des Bundesverfassungsgerichts genau gelesen haben, dann werden Sie festgestellt haben, dass darin exakt steht, dass das Bundesverfassungsgericht den EuGH um eine rasche Bearbeitung bittet,

(Peter Boehringer (AfD): Das war 2012 auch so!)

weil es sich um einen eilbedürftigen Zustand handelt. Insoweit rechne ich persönlich eher mit Monaten als mit Jahren. Das ist der erste Punkt.

Zum zweiten Punkt, den Sie angesprochen haben. Sie haben gesagt, dass Sie in Ihren Antrag nur Rechtsquellen als Begründung reinkopiert haben. Ich nenne jetzt einmal als Beispiele die Rechtsquellen „faz.net“, „www.welt.de“

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

und die ganz bekannte Rechtsquelle von Hans-Werner Sinn, „Am Limit“ aus der „FAZ“.

Meine Damen und Herren von der AfD, Sie können hier natürlich vorlegen, was Sie wollen.

(Peter Boehringer (AfD): Das ist der Lissabon-Vertrag!)

Es ist ein freies Parlament. Sie können aber nicht verhindern, dass wir uns damit beschäftigen und dass wir, wenn Sie so etwas vorlegen, das auch gegenüber der deutschen Öffentlichkeit ansprechen.

Herzlichen Dank. Sie dürfen sich setzen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)